

**Bayr: Abschaffung des Sklavenhandels vor 200 Jahren - auch heute boomen Menschenhandel und Zwangsarbeit**

**Utl.: Bayr warnt vor liberalisiertem Dienstleistungshandel als Deckmantel für Prostitution =**

Wien (SK) - Am 25. März begeht man den 200. Jahrestag der Abschaffung des Sklavenhandels - der moderne Menschenhandel, vor allem Frauenhandel, blüht allerdings wie nie zuvor. 700.000 Frauen werden jährlich weltweit in Prostitution gezwungen, 500.000 Frauen und Mädchen erfahren dieses Schicksal in Europa - der Gewinn der weltweiten Zwangsprostitution wird von der UNO mit sieben Milliarden Dollar beziffert. Petra Bayr, entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ und Mitglied im Menschenrechtsausschuss, warnt davor, diese brutale Menschenrechtsverletzung fahrlässig zu unterstützen. \*\*\*\*

Bayr verweist mit Sorge auf das ausgeweitete Angebot der Europäischen Union für Vertragsdienstleister im Dienstleistungshandel, der gerade mit den "Cariforum"-Staaten verhandelt wird. Dort soll nämlich im Sektor "fashion model services" bloß der Nachweis der "(fortgeschrittenen) technischen Qualifikation" benötigt werden, um die Einreise aus beruflichen Gründen zu ermöglichen. Somit würde die Schwelle zur "Einfuhr von dienstleistenden Frauen" praktisch herabgesetzt - unter dem Deckmantel der Profession "Model" könnten ohne weitere Schwierigkeiten und Beschränkungen Frauen über die Grenzen transferiert werden, die dann in ausbeuterischer Weise sklavenähnlich gehalten werden - meist als Prostituierte.

Die OSCE schätzt, dass 50 bis 75 Prozent der Wiener Prostituierten Opfer von Frauenhandel sind. "Die Problematik ist bekannt, dass besonders in den ärmeren Ländern Frauen mit falschen Versprechungen geködert, verschleppt und dann zwangsprostituiert werden", so Petra Bayr - und ist überzeugt: "Wenn dies nun auch durch liberale Handelsgesetze unterstützt wird, so machen wir uns fahrlässig mitschuldig an diesen Verbrechen!"

Bayr wird deshalb in der kommenden Woche eine diesbezügliche parlamentarische Initiative setzen, um auf die Problematik dieser Missbrauchsgefahr aufmerksam zu machen und vom Wirtschaftsminister zu fordern, keine Schlupflöcher für die moderne Sklaverei zu öffnen.

(Schluss) js/mp/mm

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,  
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*